

## Buchbesprechungen

*Joachim Starbatty:* Die englischen Klassiker der Nationalökonomie. Erträge der Forschung, Band 224, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1985, 151 Seiten, kart. DM 39,-.

In dieser dogmenhistorischen Studie stellt *Starbatty* die Gedanken der englischen Klassiker an Hand der Originalliteratur, deren Wirkungen auf die wirtschaftswissenschaftliche Entwicklung, die zeitgenössischen Probleme und Ereignisse – als Ausgangspunkt der theoretischen Betrachtungen – sowie ihren Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik vor. Dabei beschränkt sich *Starbatty* auf das Werk der aus heutiger Sicht wesentlichen, die Wirtschaftswissenschaften prägenden Nationalökonomen *Adam Smith* (1723 – 1790), *David Ricardo* (1772 – 1823), *Robert Malthus* (1766 – 1834) und *John Stuart Mill* (1806 – 1873), die er einem breiten Publikum nahebringen möchte. Man merkt es dem Verfasser an, wenn er in seinem Vorwort schreibt, es habe „Vergnügen bereitet, den Ideen der englischen Klassiker nachzuspüren“. *Starbatty* versteht es, dieses Vergnügen auf den Leser seines knappen Buches zu übertragen.

Im ersten Kapitel werden die englischen Klassiker in ihrer Zeit vorgestellt, ihr persönlicher Werdegang und ihr individuelles Umfeld beschrieben. Dies ist sehr bedeutsam, da das wissenschaftliche Werk auch von den Lebensumständen mitgeprägt wird: *Smiths* Optimismus, *Malthus* und *Ricardos* Resignation und *Mills* intellektueller Anspruch.

Das zweite Kapitel beschreibt die Ordnungselemente der klassischen Ökonomie, ausgehend von den ordnungspolitischen Leitideen des Privateigentums als Ordnungsfaktor, dem Vertrauen in die Wirksamkeit des Wettbewerbs, der Skepsis gegenüber Staatsinterventionen und der Herrschaft des Gesetzes.

Dem schließen sich im dritten Kapitel Betrachtungen über die Aufgaben des Staates sowie deren Finanzierung an; Hauptfelder staatlicher Tätigkeit nach *Smith* sind die Landesverteidigung, eine gute Rechtspflege und der Aufbau einer effizienten Infrastruktur. Da nach den Vorstellungen der Klassiker Staatsausgaben per se unproduktiv sind, müßten sie so gering wie möglich gehalten werden; die Einnahmen des Staates sollten die Kapitalbildung so wenig wie möglich treffen, da sonst künftiges Einkommen vernichtet würde; auch sollte ein Staat sich so wenig wie möglich verschulden, da er zur Verschwendug neige, zumal er bei der Kreditaufnahme auf wenig Widerstand stoße. Klassische Thesen, die heute wieder sehr modern erscheinen!

Im vierten Kapitel werden die klassische Wert- und Preislehre beschrieben, die theoretischen Schwierigkeiten bei der Suche nach dem objektiven Wert von Dingen: *Smiths* Paradoxon von Gebrauchs- und Tauschwert, *Ricardos* Ringen mit Komplikationen der Arbeitswertlehre, *Malthus* und *Mills* Pragmatismus im Hinblick auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Das fünfte Kapitel enthält die unterschiedlichen, verteilungstheoretischen Perspektiven der englischen Klassiker. *Smiths* Verteilungsidee basiert auf ad hoc-Erklä-

rungen für Entstehung und Entwicklung der Einkommensarten Lohn, Rente und Gewinn. *Malthus* entdeckte die Diskrepanz in der Entwicklung zwischen der Bevölkerung (exponentiell) und der Nahrungsmittelproduktion (linear) in seiner Zeit, und *Ricardo* versuchte dieses Problem theoretisch in den Griff zu bekommen.

Die utilitaristischen Vorstellungen in der Klassik werden sodann im sechsten Kapitel vorgestellt, insbesondere die Ideen von *Mill*. Dabei geht es um ethische Maxime, sozialpolitische Folgerungen und den Freihandel als Mittel zur gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung.

Das siebente Kapitel beschäftigt sich mit dem Wesen des Zinses (insbesondere von *Nassau William Senior*), dem Theorem von Sparen gleich Investieren sowie der Vorstellung eines gleichgewichtigen, wirtschaftlichen Wachstums.

Im achten Kapitel werden die Entwicklung von der Zettelbank zur Zentralbank beschrieben und im neunten, sowie letzten Kapitel Anmerkungen zum methodischen Vorgehen der englischen Klassiker angeführt.

Die „englischen Klassiker“ von *J. Starbatty* stellen die Wurzeln der heutigen Wirtschaftswissenschaften auf sehr engem Raum in sehr anregender, interessanter Form vor. Das Buch ist sehr flüssig und leicht eingängig geschrieben, seine Lektüre sehr empfehlenswert.

Manfred Borchert, Münster

*Gerhard Grebe:* Eine ökonometrische Untersuchung des Geldmarktes der Bundesrepublik Deutschland 1969 - 1979 (Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Bd. 553), Frankfurt/M., Bern 1984, 339 Seiten, 69,- SFr.

Der Autor legt mit diesem Buch eine umfassende Studie der Situation am deutschen Geldmarkt während des elfjährigen Zeitraums von 1969 bis 1979 vor. Etwa in die Mitte dieser Zeitspanne fällt der spektakuläre Wechsel in der geldpolitischen Strategie der Deutschen Bundesbank: Das Konzept der Steuerung der sogenannten „freien Liquiditätsreserven“ wurde zugunsten einer unmittelbareren Kontrolle der Zentralbankgeldmenge, verbunden mit einer quantitativen Ziel(korridor)vorgabe, aufgegeben. Begründet wurde der Schritt mit einem „veränderten Liquiditätsbewußtsein“ der Kreditinstitute, welche die freien Liquiditätsreserven nicht mehr als Polster für potentielle Liquiditätsengpässe, sondern zunehmend als „unausgenutztes Expansionspotential“ (Schlesinger/1976) betrachteten. Die Pufferfunktion übernahmen zunehmend die während dieser Zeit verstärkt selbst geschaffenen Liquiditätsreserven in Form wechselseitiger Interbankanlagen. Von ihrer Interventionspflicht gegenüber dem US-Dollar entbunden, reduzierte die Bundesbank die freien Liquiditätsreserven im Jahre 1973 allmählich bis auf (faktisch) Null und ging zur unmittelbar bedarfs- bzw. zielorientierten Zentralbankgeldversorgung über, was mit einer Erweiterung ihres geld- und kreditpolitischen Instrumentariums verbunden war. Dies bedeutete natürlich auch für den Geldmarkt den Beginn einer neuen Phase.

Die Studie von *Grebe* versucht, Zusammenhänge und Bedeutung der Interbankgeschäfte für das gesamtwirtschaftliche Geld- und Kreditangebot bzw. die Effizienz der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank vor, während und nach diesem Wechsel zu analysieren. Seine Untersuchung erstreckt sich sowohl auf das Geldmarktverhalten

einzelner (gemäß der Bankstatistik der Bundesbank disaggregierter) Bankengruppen – Grebe spricht von der „mesoökonomischen“ Ebene – als auch auf den makroökonomischen Bereich, indem er eine aggregierte Angebots- und Nachfragefunktion für Zentralbankgeld formuliert und empirisch testet.

Zunächst wird der Untersuchungsgegenstand „Geldmarkt“ adäquat abgegrenzt sowie Usancen und Handelsobjekte näher beschrieben. Sodann werden die Bestimmungsfaktoren für Interbankforderungen bzw. -verbindlichkeiten analysiert. Den mikroökonomischen Grundstein bildet hierbei der portofoliotheoretische Ansatz. Nach ihm strukturiert eine Bank ihre Aktiva und Passiva in der Weise, daß die – pekuniären plus „nicht-pekuniären“ – Grenzerträge bzw. Grenzkosten für jede der in Betracht kommenden Anlage- und Finanzierungsarten genau die gleichen sind. In diesem Falle ist die aktive wie passive Vermögensstruktur optimiert. Grebes theoretische Überlegungen münden schließlich in der Formulierung einer typischen Angebots- bzw. Nachfragefunktion von bzw. nach Zentralbankgeld am Geldmarkt aus der Sicht einer repräsentativen Gläubiger- (Großbanken, Sparkassen und Genossenschaften) bzw. Schuldnerbankengruppe (Regionalbanken, Privatbankiers, Girozentralen, Zentralkassen und Teilzahlungsinstitute). Die Funktionen bilden die Grundlage für die anschließend entwickelten ökonometrischen Schätzgleichungen. Soweit es das empirische Material zuließ, hat Grebe auch den Verlauf des zeitlichen Reaktionsprozesses auf Änderungen bestimmter Variablen aufzuzeigen versucht, da sich für einzelne Bankengruppen als Folge ihrer differierenden Kunden- und (damit vor allem) Geschäftsstruktur unterschiedliche Anpassungsprofile hypothetisieren und empirisch überprüfen lassen.

Die Schätzergebnisse bleiben, wie schon diejenigen einer früheren Untersuchung mit vergleichbarer Fragestellung von V. Timmermann (in: Kyklos 1976), im einzelnen oft unbefriedigend. Zwar konnte Grebe in den überwiegenden Fällen die theoretisch vermutete Reaktionsrichtung und die erwarteten Unterschiede in den Anpassungsprofilen konstatieren, oft jedoch mangelte es an der erforderlichen Signifikanz. Der Grad der Irrtumswahrscheinlichkeit erwies sich als zu hoch. Dennoch sollte man die Ergebnisse nicht als uninteressant abtun, denn sie geben immerhin Auskunft darüber, wo im einzelnen Unterschiede zwischen Theorie und Empirie auftreten und wo nicht. Die Gründe hierfür können entweder in falschen Hypothesen, also in der Modellstruktur und ihren Implikationen, zu suchen sein oder in der unzureichenden Erfassung der Empirie, also in methodischen Problemen bei der Ermittlung der ökonometrischen Schätzgleichungen. Insofern kann man sagen, daß die Ergebnisse gerade dort, wo sie nicht den theoretisch erwarteten (signifikant) entsprechen, Anstöße zur Überprüfung der Modellkonstruktionen und/oder Anhaltspunkte für die Verbesserung und Weiterentwicklung des methodischen Apparats bzw. der Erfassung und Aufbereitung des empirischen Materials liefern.

Man kann dem Autor beipflichten, wenn er sich in einem abschließenden Abschnitt über die in der Literatur teilweise vorgebrachten Argumente gegen die Formulierung einer gesamtwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragefunktion auf dem Geldmarkt hinwegsetzt und es unternimmt, solche Funktionen als Approximation an die wirklichen Verhältnisse zu spezifizieren und zu testen. Die zum Teil überzeugenden Bestätigungen der modellhaft angenommenen Zusammenhänge lassen sein Vorgehen gerechtfertigt erscheinen und die kritischen Hinweise auf die „Nicht-Vollkommenheit“ der realen Marktverhältnisse, die einer stringenten Ableitung einer Theorie der Zinsbildung am Geldmarkt entgegenstünden, in den Hintergrund treten. Der Ver-

gleich mit einer „Ex-post-Prognose“ für den inländischen Geldmarktsatz für Dreimonatsgelder einerseits sowie für die gehandelte Menge an Zentralbankgeld andererseits demonstriert eindrucksvoll die gute Annäherung des Modells an die wirklichen Gegebenheiten. Den von *Timmermann* seinerzeit geäußerten, wenn auch nicht empirisch signifikant nachgewiesenen Verdacht, daß die kontraktive Bundesbankpolitik seitens der Kreditinstitute durch Ausweitung des Interbankhandels mit Zentralbankgeld tendenziell unterlaufen worden sein könnte, findet *Grebe* während des Untersuchungszeitraums nicht bestätigt. Von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, zeigt sich im Rahmen seines Geldmarktmodells vielmehr, daß restriktive Geldpolitik auch immer mit einer Einschränkung der gehandelten Zentralbankgeldmenge einherging.

Das Buch von *Grebe* zeichnet sich insgesamt nicht nur dadurch aus, daß es sich intensiv mit der vorhandenen Geldmarktliteratur auseinandersetzt, sondern auch die methodischen Probleme und Schwierigkeiten ökonometrischer Modellbildung klar aufzeigt und am Beispiel der Formulierung von Schätzfunktionen für das Geldmarktverhalten der Banken(gruppen) im einzelnen diskutiert. Die Studie bildet daher für den an Geldmarktfragen interessierten Leser eine überaus aufschlußreiche Lektüre, selbst wenn er sich in ökonometrischen Gefilden weniger vertraut fühlt.

Michael Burchardt, Berlin

*Paul Pütz und Hans Willgerodt:* Gleiches Recht für Beteiligungskapital. Vorschläge zur Reform von Unternehmensrecht und Kapitalmarkt (Schriften zur Ordnungspolitik Band 1, Hrsg.: FRANKFURTER INSTITUT für wirtschaftspolitische Forschung e.V. und KRONBERGER KREIS), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1985, 141 S., DM 35,-.

Der *Kronberger Kreis* ist in den letzten Jahren vor allem durch seine kurzgefaßten Broschüren zu wichtigen ordnungspolitischen Problemen bekannt geworden. Mit den „Schriften zur Ordnungspolitik“ präsentiert der Kronberger Kreis eine neue Schriftenreihe, in der umfangreichere Gutachten veröffentlicht werden sollen, die er als Grundlage für seine Broschüren in Auftrag gegeben hat.

Im ersten Band der Reihe unterbreiten *Paul Pütz und Hans Willgerodt* einen sehr sorgfältig zusammengestellten Katalog von Vorschlägen „zur Reform von Unternehmensrecht und Kapitalmarkt“. Die Schrift beginnt mit einer meines Erachtens recht knapp gefaßten Diagnose des Sparverhaltens sowie der Eigenkapitalausstattung und der Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen. An der erforderlichen Therapie besteht für die Autoren kein Zweifel: „Die volkswirtschaftliche Summe an Eigenkapital muß wachsen, damit Neuinvestitionen möglich werden und neue Arbeitsplätze entstehen“ (S. 14). Auf die in den letzten Jahren geübte Kritik an der Kausalkette „sinkende Eigenkapitalausstattung führt zu einer rückläufigen Investitionsquote“ und an der Aussagefähigkeit der gängigen Eigenkapitalquoten wird nur in einer Fußnote eingegangen.

Die derzeitige Eigenkapitalschwäche erklären die Verfasser vor allem mit ungünstigen Rahmenbedingungen für die Betätigungsfinanzierung: So mache es die Quellensteuer auf Beteiligerträge für die privaten Haushalte generell attraktiver, ihr Vermögen nicht in Risikokapital, sondern in Geldvermögen zu halten. Für die Unternehmen sei es aufgrund zahlreicher steuerlicher Sonderbelastungen des Eigenkapi-

tals lukrativer sich durch Fremdkapital zu finanzieren. Und schließlich sei – vor allem durch das Verhalten des Staates – das Eigenkapitalrisiko im Vergleich zur erzielbaren Rendite so erhöht worden, daß die Sparer nicht für die Beteiligungsfianzierung zu gewinnen gewesen seien.

*Putz und Willgerodt* befassen sich im Hauptteil ihrer Schrift jedoch nicht mehr mit der Verbesserung dieser Rahmenbedingungen, sondern vielmehr mit konkreten Maßnahmen, mit denen in erster Linie die Transaktionskosten beim Beteiligungserwerb gesenkt werden sollen. Dazu schlagen die Verfasser eine Reihe von Änderungen des Gesellschafts- und Steuerrechts vor, wie z. B.

- ein freies Veräußerungsrecht für Kommanditanteile als gesetzlich verankerter Regelfall,
- die Abschaffung der Beurkundungspflicht bei der Übertragung von GmbH-Anteilen,
- die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer und der Gesellschaftsteuer,
- den Abbau steuerlicher Begünstigungen für die Bildung stiller Reserven, um eine hohe Steuerlast zum Zeitpunkt der Veräußerung zu vermeiden,
- eine Einschränkung der Unternehmerfiktion des § 15 Abs. 1 Nr. 2, 2. Halbsatz EStG auf persönlich haftende Gesellschafter, um insbesondere die Beteiligung von Mitarbeitern am eigenen Unternehmen zu fördern.

Darüber hinaus soll der Markt für Beteiligungskapital so umorganisiert werden,

- daß wieder mehr Neuemissionen von Aktien erfolgen, indem die Vorschriften für die Börsenzulassung (Prospektzwang, Prospekthaftung) erleichtert werden, und
- daß auch kleineren und mittleren Unternehmen, die nicht in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben werden, der Zugang zum Kapitalmarkt ermöglicht wird, indem für sie ein besonderes Börsensegment geschaffen wird.

Im dritten Kapitel werden schließlich verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, die zu einer „Wiederbelebung der Aktiengesellschaft“ beitragen sollen, wie z. B.

- verstärkte Mitspracherechte der Hauptversammlung über die Verwendung des Jahresüberschusses bis hin zum Grundsatz der Vollausschüttung für Gesellschaften, deren Anteile öffentlich gehandelt werden,
- eine Abschaffung der Benachteiligung des ausgeschütteten Gewinns, der aus steuerbefreiten Erträgen erwirtschaftet wurde, durch eine Reform der Körperschaftsteuer hin zu einem vollen Anrechnungsverfahren (i. S. der „Teilhabersteuer“ von *Engels* und *Stützel*).

Im ganzen bietet die Schrift einen sehr umfassenden Überblick über die Fülle von Vorschlägen, die in den letzten Jahren zu diesen Fragen publiziert worden sind. Die daraus abgeleiteten eigenen Ergebnisse sind überzeugend begründet und in sich konsistent. Es bleibt allerdings zu fragen, ob die in der Arbeit erörterten Maßnahmen zur Senkung der Transaktionskosten und zur Renaissance der Aktie bereits ausreichen würden, um ein „gleiches Recht für Beteiligungskapital“ herzustellen, insbesondere dann, wenn man sie vor dem Hintergrund der in der Einleitung erwähnten ungünstigen Rahmenbedingungen für die Beteiligungsfianzierung betrachtet. Reformen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie z. B. die Einführung einer Quellensteuer auf Zinseinkünfte, werden zwar in der Zusammenfassung der Schrift erwähnt, sie

werden jedoch nicht im einzelnen diskutiert und auf ihre Durchsetzungschancen überprüft. Hier stellen sich dem *Kronberger Kreis* noch wichtige Aufgaben.

Peter Bofinger, Stuttgart

*Rolf J. Langhammer und D. Spinanger:* Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern. Chancen und Risiken, Bd. 190 der Kieler Studien (Hrsg. Herbert Giersch). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1984, 135 Seiten, 52,- DM.

Wegen der wachsenden Wohlstandsunterschiede zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stehen letztere, soweit sie in der Gruppe der 77 organisiert sind, der vom GATT konzipierten multilateralen Welthandelsordnung skeptisch bis ablehnend gegenüber. Abkoppelung und self-reliance sind die wirtschaftspolitischen Schlagworte einer Strategie, von der Konjunktur und den Handelsbeziehungen der Industriestaaten unabhängiger zu werden.

In der vorliegenden Studie befassen sich die Autoren mit den Kosten und Erträgen einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern mit dem Ziel, über die Gewährung gegenseitiger globaler Präferenzen die Industriestaaten bewußt zu diskriminieren. Ein solches überregionales Präferenzsystem, das durch ein Handelsinformationssystem, die Schaffung von staatlichen Handelsgesellschaften und die Etablierung multinationaler Produktions- und Marketinggesellschaften ergänzt werden soll, wird von der Gruppe der 77 deswegen angestrebt, weil die regionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika, Afrika und in Südostasien nicht die erhofften Ergebnisse zeigten.

Nach einer historisch angelegten Darstellung über Entwicklung und Werdegang der Süd-Süd-Handelsstrategie befassen sich die Autoren eingehend mit den einzelnen Elementen der angestrebten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern. Anhand einer Gegenüberstellung der Zielsetzungen und der bisher gemachten Erfahrungen in vergleichbaren Situationen kommen *Langhammer / Spinanger* zu der Erkenntnis, daß voraussichtlich weniger mit handelsschaffenden als mit handelsumlenkenden Konsequenzen zu rechnen ist. Das Potential für eine Handelsumlenkung wird allerdings vom Volumen her als relativ gering ermittelt.

Gravierender sind dagegen die entwicklungspolitischen Konsequenzen einzuschätzen. Die Autoren rechnen mit einem zunehmenden Konfliktpotential zwischen den Entwicklungsländern, wenn das angestrebte Ziel einer größeren Unabhängigkeit von den Industriestaaten konkret formuliert werden muß. Verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit von Süd zu Süd bedeutet nämlich für die beteiligten Länder, daß sie sich dem Wettbewerb und damit einem Anpassungsdruck stellen müssen. Hinzu kommt, daß Rückwirkungen auf die Beschäftigungslage unvermeidlich sein werden. Schließlich kommt bei der Einräumung globaler Präferenzen auch das finanzielle Argument zum Tragen, bestreiten doch gerade die am wenigsten entwickelten Länder ihren Etat vornehmlich aus Zolleinnahmen und Handelsabgaben.

Im Vergleich zu einer multilateralen, weltweiten Liberalisierung, wie sie im GATT angestrebt wird, führt das Süd-Süd-Präferenzsystem mit seiner Vermengung von allokativen- und verteilungspolitischen Zielsetzungen nach Ansicht der Autoren zu einer wachsenden Regionalisierung der Märkte und damit zu Intransparenz, Kompen-sationsgeschäften und Segmentbildung. Statt Anpassung, Auslese und Stärkung

der Wettbewerbsfähigkeit drohen Verminderung des Wettbewerbsdrucks, Protektionismus und Forderungen nach „weichen“ Krediten zur Erleichterung der Anpassungslasten. So präsentieren sich heute die Welthandelsprobleme in einer schiefen Schlachtordnung: Die Industriestaaten des Nordens fördern durch ihr konservatives Beharren auf handelshemmende Praktiken die Süd-Süd-Kooperation. Diese wird aber voraussichtlich eher weitere Belastungen für den Freihandel und den weltwirtschaftlichen Strukturwandel mit sich bringen.

Der Skepsis der Autoren ist beizupflichten, ob es einer verstärkten Süd-Süd-Zusammenarbeit gelingen wird, die Fehler der Nord-Süd-Beziehungen zu vermeiden. Die jüngsten Reaktionen Perus und anderer Länder Lateinamerikas auf die Schuldenskrise lassen die Einsicht und das Vertrauen in die Effizienz liberaler marktwirtschaftlicher Regelungen immer noch vermissen.

Manfred Piel, Bonn